

## Jenseits der Schlagzeilen: Charlie Kirk, Ukraine und Israel | Dimitri Lascaris

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Zain Raza (ZR):** Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor wir mit diesem Interview beginnen, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. Obwohl unser YouTube-Kanal mittlerweile 160.000 Abonnenten hat, sind nur wenige Tausend Rumble und Telegram beigetreten! Wir bitten Sie nicht, diesen Kanal zu verlassen und zu diesen Plattformen zu wechseln. Wir möchten Sie lediglich bitten, diese Kanäle als Alternative zu abonnieren. Google ist Eigentümer von YouTube, und YouTube kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren. Sollte dieser Tag jemals kommen, können wir Sie nicht einmal mehr mit einer Ankündigung erreichen. Wenn Sie unsere Videos regelmäßig ansehen, unterstützen Sie bitte unseren Journalismus mit einer Spende. Wir nehmen kein Geld von Konzernen oder Regierungen an, damit wir Ihnen Informationen liefern können, die frei von jeglicher Einflussnahme von außen sind. Wir sind nur auf Sie angewiesen, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Wie Sie unseren alternativen Kanälen beitreten oder für unseren Journalismus spenden können, erfahren Sie in der Beschreibung dieses Videos. Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten und Anwalt für internationales Recht und Menschenrechte, Dimitri Lascaris. Dimitri Lascaris hat auch einen YouTube-Kanal namens Reason2Resist. Dimitri, willkommen zurück in der Sendung.

**Dimitri Lascaris (DL):** Es ist immer eine Freude, bei acTVism Munich zu sein, mein Freund, danke.

**ZR:** Beginnen wir mit dem Fall des konservativen Aktivisten und Gründers von Turning Point USA, Charlie Kirk, der am 10. September an der Utah Valley University erschossen wurde. Sein Fall sorgte weltweit für Schlagzeilen, auch hier in Deutschland. Der 22-jährige Verdächtige Tyler James Robinson wird beschuldigt, von einem Dach aus geschossen zu haben. Er soll eine Notiz mit seiner Absicht hinterlassen haben, per SMS gestanden haben und durch DNA mit der Waffe in Verbindung gebracht worden sein. Er befindet sich derzeit

ohne Kautions in Haft, und die Staatsanwaltschaft hat angekündigt, die Todesstrafe zu beantragen. Sie haben kürzlich auf Ihrem YouTube-Kanal Reason2Resist ein Video veröffentlicht, in dem Sie behaupten, dass die offizielle Darstellung voller Lücken ist. Angesichts der schweren geopolitischen Krise weltweit, insbesondere der katastrophalen humanitären Lage in Gaza, möchte ich nicht zu viel Zeit auf dieses Thema verwenden. Könnten Sie daher kurz erklären, warum Sie die offizielle Darstellung der Ermordung von Kirk für höchst fragwürdig halten?

**DL:** Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, gibt es widersprüchliche Berichte über die Kleidung, die er trug. Es gibt ein Video, in dem er angeblich ohne das Gewehr von einem Dach steigt, und dann erschien das ziemlich große Instrument, mit dem er angeblich Charlie Kirk getötet hat, auf magische Weise im Wald, vollständig zusammengebaut und in einer Kiste, die, glaube ich, mit einer Decke umwickelt war. Er stammt nicht aus einem Umfeld, aus dem man den Mörder von Charlie Kirk erwarten würde. Er kommt aus einer wohlhabenden Familie. Seine beiden Eltern sind registrierte Republikaner aus Utah. Sie haben enge Verbindungen zur Mormonenkirche. Man würde nicht denken, dass dies die Möglichkeit ausschließt, dass er der Täter ist, aber es ist doch etwas überraschend, dass jemand mit diesem Hintergrund Charlie Kirk töten wollte, der, wie ich mir vorstellen kann, sehr stark mit den Werten seines Elternhauses übereinstimmte.

Und dann gab es diesen seltsamen Vorfall, bei dem ein Gentleman namens George Zinn – und ich verwende das Wort Gentleman hier sehr locker – genau in dem Moment, als die Polizei nach dem Mörder suchte, behauptete, er sei vor Ort gewesen, ganz in der Nähe des Daches, von dem aus der Schuss getroffen haben soll, und er behauptete, er sei der Mörder und forderte die Polizei sogar auf, ihn zu erschießen. All dies hatte den völlig vorhersehbaren Effekt, dass es die Polizei in einem Moment ablenkte, in dem sie sich auf den tatsächlichen mutmaßlichen Täter konzentrierten wollte. Und natürlich war Herr Zinn nicht diese Person. Es gibt Berichte, dass Herr Zinn selbst Zionist ist und eine Geschichte eher bizarren Verhaltensweisen hat. Das und andere Faktoren werfen Fragen zur Darstellung der Polizei auf, aber gleichzeitig – und darauf habe ich mich in meinem Bericht konzentriert – ist es aufgrund von Aussagen, die Charlie Kirk selbst in den Wochen vor seinem Tod öffentlich gemacht hat, und aufgrund von Aussagen von Menschen, die ihn gut kannten und mit ihm befreundet waren, darunter Candace Owens und Tucker Carlson, inzwischen eindeutig, dass er begonnen hatte, sehr ernste Fragen zur Unterstützung Israels durch die USA zu stellen. Er stand unter starkem Druck, seine Kommentare öffentlich zu ändern. Die Leute, die ihn von Anfang an finanziert hatten, waren bekanntermaßen sehr große Unterstützer des Staates Israel, sehr wohlhabende Leute. Und The Grayzone berichtete in einem sehr detaillierten Bericht, der sich teilweise, aber nicht ausschließlich auf eine anonyme Quelle stützte, dass Charlie Kirk sich von diesen Leuten bedroht fühlte und sogar um sein Leben fürchtete.

Meine Meinung ist also, Zain, dass ich es nicht genau weiß. Ich halte mich mit meinem Urteil zurück. Als Anwalt mit über 30 Jahren Erfahrung habe ich gelernt, bei solchen Dingen vorsichtig zu sein. Ich habe nicht viel Vertrauen in das US-Justizsystem, besonders wenn so viel auf dem Spiel steht. Und ich denke, wir sollten alle mit unserem Urteil warten, bis mehr

Beweise auftauchen. Ich habe gehört, dass er auf nicht schuldig plädiert hat, obwohl behauptet wird, er habe den Mord gestanden, was an sich schon merkwürdig ist. Bevor wir also voreilige Schlüsse ziehen – und ich bin derzeit ganz sicher nicht dazu bereit –, sollten wir weiterhin kritisch prüfen, was die Behörden sagen, und zumindest die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass Israel und/oder die US-Regierung etwas damit zu tun haben könnten.

**ZR:** Wenden wir uns nun dem Nahen Osten zu, wo Israel seine Militäraktionen in der gesamten Region drastisch eskaliert hat und im Laufe des Sommers eine Reihe von Ländern bombardierte, darunter den Libanon, den Jemen und den Iran, und nun auch Katar. In den letzten Wochen führte Israel mehrere Angriffe im Jemen durch, darunter einen in Sanaa und al-Jawf, bei dem Dutzende Menschen ums Leben kamen, und einen weiteren Luftangriff, bei dem der Premierminister der von den Houthis geführten Regierung und mehrere Minister getötet wurden. Bei einem beispiellosen Angriff vor mehr als einer Woche in Doha, Katar, griff Israel ein Treffen der Hamas an und tötete fünf Hamas-Führer, darunter den Sohn des syrischen Unterhändlers Khalil al-Hayya, sowie einen katarischen Sicherheitsbeamten, während sie das angeblich von einem US-amerikanischen Vorschlag ausgehende Geiselabkommen evaluierten. Bevor wir auf die weiteren Details und Reaktionen eingehen, glauben Sie, dass die Vereinigten Staaten im Voraus von Israels Angriff in Doha wussten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die US-Luftwaffenbasis Al Udeid, der Stützpunkt des CENTCOM, in der Nähe liegt?

**DL:** Ich war im Frühjahr letzten Jahres in Katar, Zain, und bin von Doha aus zu dieser Militärbasis gefahren. Sie ist nur wenige Dutzend Kilometer entfernt. Sie ist wirklich riesig. Sie gilt als die größte US-Luftwaffenbasis in Westasien, die größte Militärbasis überhaupt. Angesichts der Größe und Ausgereiftheit der US-Waffensysteme, Radarsysteme und auch ihrer militärischen Satellitentechnologie, die ständig über der Region schwebt, und angesichts der Flugbahn, die das israelische Flugzeug genommen haben müsste, um Katar zu erreichen, ist es einfach unvorstellbar, dass die US-Regierung davon nicht im Voraus wusste. Ganz abgesehen von den technischen Aspekten ist Katar ein sehr wichtiger Verbündeter der Vereinigten Staaten und der Region. Israel ist existenziell auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen. Es ist einfach seltsam, dass das israelische Regime einen Angriff dieser Art beginnen würde, der das Potenzial hatte, enorme Probleme zwischen Katar und den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Unterstützer Israels, zu verursachen, ohne zumindest die Zustimmung der Regierung einzuholen. Und das sage nicht nur ich. Militärexerten, darunter Daniel Davis, Oberstleutnant der US-Armee im Ruhestand, Douglas McGregor, Oberst im Ruhestand, Scott Ritter, US-Waffeninspekteur, und viele andere, Larry Johnson, Ray McGovern, viele US-Militärexerten halten es für völlig unglaublich, dass die USA keine Kenntnis davon hatten. Und sie glauben, ebenso wie ich, dass die USA diesen Angriff wahrscheinlich sogar unterstützt haben.

**ZR:** Werfen wir nun einen Blick auf die Reaktionen der arabischen Staaten und der Golfstaaten. Nach dem israelischen Angriff in Doha berief Katar einen gemeinsamen arabisch-islamischen Sondergipfel ein, an dem Vertreter aus fast 60 Ländern teilnahmen, darunter Mitglieder des Golf-Kooperationsrats und der Organisation für Islamische

Zusammenarbeit. Zu den namhaften Teilnehmern gehörten beispielsweise der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, der iranische Präsident Masoud Pezeshkian, der ägyptische Präsident Fattah el-Sisi, Jordaniens König Abdullah und der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman. In der Abschlusserklärung wurde der Angriff auf katarisches Territorium auf das Schärfste verurteilt, die volle Solidarität mit Doha und seiner Vermittlerrolle bekundet und die Staaten aufgefordert, rechtliche und diplomatische Maßnahmen, einschließlich Sanktionen und Beschränkungen für Waffenlieferungen, in Betracht zu ziehen. Darüber hinaus versprachen die Golfstaaten, einen gemeinsamen Verteidigungsmechanismus zu aktivieren und ihr gemeinsames Militärtummando in Doha einzuberufen. Wie beurteilen Sie diese Reaktionen? Sind die arabischen und Golfstaaten Ihrer Meinung nach weit genug gegangen, um sicherzustellen, dass Israel zur Rechenschaft gezogen wird?

**DL:** Ich habe viel Zeit damit verbracht, das 2.700 Wörter umfassende Abschlusskommuniqué des zweitägigen Gipfeltreffens zu studieren, und ich habe darin absolut nichts über die Ankündigung neuer Wirtschaftssanktionen gegen Israel gesehen, nicht ein einziges Wort. Ich habe nichts gesehen, was sich auf diplomatische Sanktionen bezog, keine Ankündigung, dass beispielsweise die israelischen Botschafter aus den Ländern ausgewiesen werden sollen, die derzeit israelische Diplomaten beherbergen und Teil der Arabischen Liga oder der Organisation für Islamische Zusammenarbeit sind. Es gab absolut keine Ankündigung darin, nichts, keinen Hinweis darauf, dass es zu einer militärischen Vergeltungsmaßnahme kommen würde. Vielmehr gab es nur eine Reihe von 22 sogenannten Beschlüssen, die eigentlich nur Verurteilungen waren. Und die meisten dieser Verurteilungen waren lediglich eine Wiederholung von Verurteilungen, die zuvor bereits von verschiedenen dieser Regierungen geäußert worden waren. Das ist ein kompletter Ausverkauf. Auf der Grundlage des Abschlusskommuniqués gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass einer dieser Staaten oder zumindest die Gesamtheit dieser Staaten sinnvolle Maßnahmen gegen Israel ergreifen wird. Abschließend möchte ich noch einmal auf etwas zurückkommen, das diese Woche in einem Interview gesagt wurde: Der pensionierte US-Oberst Douglas McGregor war in der Daniel Davis Show zu Gast und sagte, er habe mit Vertretern von Raytheon und Lockheed Martin gesprochen, Militärkonzernen, die Katar mit Waffensystemen beliefert haben. Und sie erklärten, es sei schlichtweg unmöglich, so berichtete Douglas McGregor, dass das Regime in Katar, nicht nur die USA, sondern auch das Regime in Katar, nicht im Voraus von dem Angriff gewusst habe. Und natürlich stellt sich die Frage, warum die katarische Luftabwehr nicht eingegriffen hat, als sich diese israelischen Flugzeuge näherten. Dazu wurde keine wirkliche Erklärung abgegeben. Dieses Kommuniqué kommt also nicht nur einem Verrat am palästinensischen Volk und den Völkern dieser Golfstaaten, insbesondere den Bürgern Katars, gleich, sondern es gibt auch guten Grund zu der Annahme, dass das katarische Regime tatsächlich im Voraus wusste, dass dies geschehen würde.

**ZR:** Ich möchte auch einen Blick auf die Reaktion Europas werfen. Nach dem israelischen Angriff in Doha und der verstärkten Offensive in Gaza-Stadt hat sich die humanitäre Lage in Gaza dramatisch verschlechtert. Nach Angaben der Vereinten Nationen und großer Hilfsorganisationen wurden seit Beginn der israelischen Angriffe im Oktober 2023 mehr als

65.000 Palästinenser getötet. Hunderttausende sind nun gezwungen, in den Süden des Gazastreifens in überfüllte Gebiete zu fliehen, wo Hungersnöte um sich greifen und extreme Knappheit an Wasser und Medikamenten herrscht. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, Israels Präferenzhandelsbedingungen mit der Europäischen Union auszusetzen und Sanktionen gegen israelische Minister, gewalttätige Siedler und auch gegen die Hamas zu verhängen. Spanien und Irland haben diese Maßnahmen nachdrücklich unterstützt, ebenso wie andere Länder wie Dänemark und Schweden, während Deutschland eine viel vorsichtigere Haltung eingenommen hat. Berlin verurteilte den Angriff auf Doha und kritisierte sogar die israelische Offensive als falschen Schritt. Bislang hat es sich jedoch dagegen gewehrt, das Handelsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen oder sinnvolle Sanktionen zu verhängen. Wie beurteilen Sie erstens die bisherige Reaktion Europas? Und zweitens, in Ihrer Eigenschaft als Anwalt für internationales Recht und Menschenrechte: Wie sehen Sie die Position Deutschlands, die in den Medien hierzulande oft als schwieriger Balanceakt zwischen seiner historischen Verantwortung und seinen Verpflichtungen nach internationalem Recht dargestellt wird?

**DL:** Zunächst einmal, was den ersten Teil Ihrer Frage betrifft, lassen Sie uns zurückkommen auf den Angriff Israels auf die Islamische Republik Iran, bei dem Ismail Haniyeh, der politische Führer der Hamas, während der Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten getötet wurde. Damals erklärte die Europäische Union, dass dies ein Akt der Selbstverteidigung und eine Vergeltungsmaßnahme gewesen sei. Das war ihre Position, obwohl der Iran Israel nicht angegriffen hatte, zumindest nicht zu Beginn. Was die Feindseligkeiten zwischen Israel und dem Iran tatsächlich ausgelöst hatte, war die Zerstörung des iranischen Konsulats in Damaskus, einer diplomatischen Vertretung in Damaskus. Das war der Auslöser für den Schusswechsel zwischen Israel und dem Iran. Es war klar, dass Israel Angriffe des Iran provoziert hatte, und dennoch bezeichnete die EU dies seitens Israels als einen Akt der Selbstverteidigung und Vergeltung, während sie im Fall des Angriffs auf Doha ohne zu zögern erklärte, dass dies einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte.

Ich denke, man kann das ganz einfach so verstehen, dass Katar zum Team USA gehört, während der Iran dies nicht tut, und dass es davon abhängt, zu welchem Team das Opfer gehört, inwieweit die EU etwas als Verstoß gegen das Völkerrecht oder als Akt der Selbstverteidigung ansieht. Weil Katar zum Team USA gehörte, war es ein Verstoß gegen das Völkerrecht, während der Iran nicht dazu gehört und es sich daher um einen Akt der Selbstverteidigung handelte. Auch hier sehen wir wieder die offensichtliche Heuchelei der Europäischen Union in dieser Hinsicht. Was die jüngste Runde von Sanktionen angeht, so ist es wohl besser spät als nie, Zain. Vor langer Zeit, vor Monaten, erklärte Amnesty International, dass Israel Völkermord begeht. Human Rights Watch, die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Menschenrechtslage im besetzten Palästina, erklärte, dass Israel Völkermord begeht. Zwei israelische Menschenrechtsorganisationen, B'Tselem und Israeli Physicians for Human Rights, erklärten, dass Israel Völkermord begeht, und die weltweit angesehenste Vereinigung von Völkermordforschern erklärte, Israel begehe Völkermord, und erst gestern schloss sich die Unabhängige Untersuchungskommission der UN dieser Meinung an und erklärte, Israel

begehe Völkermord, woraufhin die EU schließlich bestimmte Präferenzhandelsbestimmungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel aussetzte.

Die heutige Erklärung hat mich jedoch vor allem deshalb überrascht, weil ich keinen Hinweis darauf sah, dass die Europäische Union wie Spanien ein Waffenembargo gegen Israel verhängt hat. Wenn man ernsthaft daran interessiert ist, den Völkermord zu stoppen, sollte die oberste Priorität darin bestehen, den Transfer von Waffen, militärischen Komponenten oder Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel zu unterbinden. Soweit ich das beurteilen kann, hat die EU selbst jetzt, trotz der zahlreichen Expertenmeinungen, dass Israel Völkermord begeht, diesen Schritt noch nicht unternommen. Ich bin auch, ehrlich gesagt, ziemlich skeptisch – wir müssen sehen, ob diese Aussetzung bestimmter Bestimmungen des EU-Assoziierungsabkommens tatsächlich durchgesetzt wird, das bleibt abzuwarten. Und der Grund, warum ich das sage, Zain, ist, dass die EU seit vielen Jahren eine Regelung hat, wonach Produkte, die in den illegalen Siedlungen Israels hergestellt und in die EU exportiert werden, nicht mit dem Label „Produkte aus Israel“ versehen werden dürfen. Das war die Regelung. Aber wir wissen, weil ich in Kanada einen Prozess zu genau diesem Thema geführt habe, dass die Durchsetzung dieser Regelung durch die EU, gelinde gesagt, sehr, sehr fragwürdig war. Ich habe daher ernsthafte Bedenken, ob selbst diese bescheidenen Schritte tatsächlich von der Europäischen Union durchgesetzt werden, insbesondere von den Ländern, die Israel sehr, sehr unterstützen, wie zum Beispiel Ungarn, dessen Präsident Benjamin Netanyahu in seinem Land empfangen hat, nachdem der Internationale Strafgerichtshof ihn aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt hatte.

**ZR:** Und wie beurteilen Sie die Position Deutschlands, die hier in den Medien oft als sehr schwieriger Balanceakt zwischen seiner historischen Verantwortung und seinen Verpflichtungen und dem Völkerrecht dargestellt wird?

**DL:** Soweit ich weiß, hat Bundeskanzler Merz vor einigen Wochen oder Monaten angekündigt, dass Deutschland eine Art Waffenembargo gegen Israel verhängen werde. So wurde es den Medien präsentiert und so haben es die Medien auch dargestellt. Wenn man sich jedoch die Ankündigung von Bundeskanzler Merz genauer ansieht, erklärte er nach meinem Verständnis, dass Deutschland Israel keine Waffen liefern werde, die in Gaza eingesetzt werden könnten. So lautete die Formulierung. Das bedeutet, dass Deutschland weiterhin Waffen liefern würde, die anderswo eingesetzt werden könnten. Zunächst einmal verstehe ich diesen Unterschied nicht. Wenn man eine Waffe im Westjordanland einsetzen kann, warum sollte man sie dann technisch gesehen nicht auch in Gaza einsetzen können? Das lässt mich vermuten, dass der Kanzler damit sagen wollte, dass Israel ihm versichert habe, dass die von Deutschland gelieferten Waffen nicht in Gaza eingesetzt würden. Und natürlich gibt es keinen rationalen Grund, diesen Zusicherungen zu vertrauen. Schließlich begeht Israel Völkermord.

Glaubt der Kanzler also Israels Versprechen, dass es keine in Deutschland hergestellten Waffen in Gaza einsetzen wird? Wenn ja, aus welchem Grund glaubt er Israel? Aber ganz abgesehen davon begeht Israel auch Völkermord im Westjordanland. Israel verstößt auch

gegen das internationale Menschenrechtsgesetz im Südlibanon und in Syrien. Und es hat viele Zivilisten im Jemen getötet. Außerdem hat es einen Angriffskrieg gegen den Iran begonnen. Die Aussage des Bundeskanzlers impliziert also, dass es in Ordnung ist, wenn Israel deutsche Waffen für all diese illegalen Zwecke einsetzt, nicht jedoch in Gaza. Das ist, offen gesagt, eine völlig unbefriedigende Zusage des Bundeskanzlers, und ich glaube nicht, dass wir auch nur das geringste Vertrauen haben sollten, dass der deutsche Fluss von Waffen nach Israel gestoppt wurde.

**ZR:** Ich möchte ein Gegenargument zu Ihrer Kritik an Israels Angriff auf Gaza vorbringen. Dieses Argument hören wir oft in den Medien und von Israel selbst. Es lautet wie folgt: Wenn die Hamas ihre Waffen niederlegen, alle Geiseln freilassen und kapitulieren würde, würde das israelische Militär seine Operationen in Gaza beenden und das Gebiet wieder an die Palästinenser zurückgeben. Was halten Sie von diesem Argument, Dimitri? Hat es Ihrer Meinung nach irgendeine Legitimität?

**DL:** Schauen wir uns doch einmal an, was im Westjordanland geschieht. Die Hamas kontrolliert das Westjordanland nicht. Fast täglich kommt es zu Angriffen israelischer Siedler auf unbewaffnete Palästinenser im Westjordanland, die vom israelischen Militär stillschweigend geduldet oder sogar unterstützt werden. Das geht nun schon seit fast zwei Jahren so, obwohl es nicht einmal eine Anschuldigung, geschweige denn einen Beweis dafür gibt, dass diese Opfer in irgendeiner Weise mit der Hamas in Verbindung stehen oder im Namen der Hamas handeln. Und in vielen Fällen sind sie unbewaffnet. Wir können also in Echtzeit im Westjordanland die Verfolgung, Tötung, Quälerei, Enteignung und Beraubung unbewaffneter Palästinenser beobachten, die keine bekannte Verbindung zur Hamas im Westjordanland haben. Warum sollte jemand glauben, dass Israel plötzlich beginnen würde, die Rechte der Widerstandskämpfer in Gaza zu respektieren, sobald diese ihre Waffen niederlegen? Und was die Frage der sogenannten Geiseln angeht, so sind meines Wissens alle, die sich noch in Haft befinden, israelische Soldaten. Ich denke, man sollte sie eher als Kriegsgefangene bezeichnen, von denen noch etwa 20 am Leben sind. Was ist mit den Tausenden und Abertausenden von Palästinensern, Zivilisten, die in israelischen Kerkern festsitzen, von denen viele Bedingungen ausgesetzt sind, die einer Folter gleichkommen? Viele von ihnen sind Kinder, und ein Großteil von ihnen wird aufgrund einer sogenannten Verwaltungshaft festgehalten, was bedeutet, dass sie ohne Anklage, geschweige denn Verurteilung, inhaftiert sind.

Wenn wir über Geiseln sprechen, sollte der Schwerpunkt meiner Meinung nach auf den weitaus zahlreicheren Geiseln liegen, die von Israel festgehalten werden und die absolut nichts Unrechtes getan haben. Der Westen redet ununterbrochen über diese 20 israelischen Soldaten, die in Haft sind. Ich würde gerne die Freilassung all dieser Menschen erleben, auch der Soldaten, aber der Westen scheint sich nicht im Geringsten um die Tausenden und Abertausenden Palästinenser zu kümmern, die tatsächliche Geiseln sind und unter extremsten Bedingungen in israelischen Gefängnissen überleben müssen.

**ZR:** Lassen Sie uns einen Themenwechsel vornehmen und uns einem anderen Kriegsschauplatz - dem in der Ukraine - zuwenden. Ich möchte mich insbesondere auf die

Beziehungen zwischen den USA und Russland konzentrieren. Zunächst möchte ich unseren Zuschauern einige der wichtigsten Entwicklungen der letzten Monate zusammenfassen. Im Juli genehmigte Präsident Donald Trump eine erhebliche Aufstockung der Waffenlieferungen an europäische Verbündete und drohte mit sekundären Sanktionen gegen Länder, die Handel mit Russland betreiben, sollte kein Waffenstillstand erzielt werden. Im August, nach einem öffentlichen Streit mit Dmitri Medwedew, stationierte Trump Atom-U-Boote in der Nähe von Russland, traf sich aber kurz darauf mit Präsident Putin auf einem Gipfeltreffen in Alaska. Die Gespräche wurden als produktiv beschrieben, obwohl kein Waffenstillstand verkündet wurde. Kurz darauf empfing Trump Präsident Selenskyj sowie europäische Staats- und Regierungschefs in Washington, wo Selenskyj jegliche territoriale Zugeständnisse ausschloss. Seitdem hat Washington strengere Sanktionen ins Spiel gebracht, US-Luftunterstützung angedeutet und Verkäufe im Wert von 1,1 Milliarden Dollar für Marschflugkörper, Starlink-Dienste und Patriot-Wartungsleistungen genehmigt. Mitte September begann ein von der NATO geführter europäischer Fonds namens „Prioritised Ukraine Requirements List“ („Liste der vorrangigen Bedürfnisse der Ukraine“) mit der Lieferung von Patriot-Raketen und HIMARS-Systemen im Wert von 500 Millionen Dollar. Kurz darauf sagte Schweden 7,5 Milliarden Dollar Hilfe über zwei Jahre zu und das Vereinigte Königreich mehr als 1,4 Milliarden Dollar. Am 9. September drangen russische Drohnen aus Weißrussland in den polnischen Luftraum ein und wurden abgeschossen, woraufhin Warschau sich auf Artikel 4 des NATO-Vertrags berief und im Rahmen der Operation Eastern Sentry Verstärkung durch die Allianz genehmigte. Am 12. September gab der Kreml bekannt, dass die Friedensgespräche mit der Ukraine unterbrochen seien, und gab den europäischen Staaten die Schuld dafür. Am 17. September wurde das 19. Sanktionspaket der Europäischen Union aufgrund von Streitigkeiten über russische Ölimporte und Druck seitens der USA verschoben. Aus unserer Beobachtung ergeben sich eine Reihe von Widersprüchen. Erstens in der US-Politik, die an einem Tag Diplomatie anstrebt und am nächsten Tag Sanktionen und Waffenlieferungen verschärft. Aber auch innerhalb des größeren Rahmens der NATO zwischen den USA und Europa, in der die europäischen Länder manchmal genau die Diplomatie zu untergraben scheinen, die Washington angeblich anstrebt. Wie beurteilen Sie diese Widersprüche? Und ist Frieden unter diesen Bedingungen überhaupt möglich?

**DL:** Nein, das ist nicht möglich. Und der Grund dafür besteht darin, dass die US-Regierung absolut kein Interesse an Frieden hat. Und wir konnten das bereits im Februar feststellen. Im Februar reiste der neue US-Verteidigungsminister Pete Hegseth nach Brüssel und hielt eine Rede, in der er sagte, dass die Europäer die Verantwortung für die Finanzierung des Ukraine-Krieges übernehmen sollten, damit Amerika seine Aufmerksamkeit auf China und andere Konfliktgebiete richten könne, wobei er sicherlich Westasien, Israel und Palästina gemeint hat. Wie kann man da mit ernstem Gesicht behaupten, man wolle den Krieg in der Ukraine beenden, wenn man als Vertreter der amerikanischen Regierung die Europäer auffordert, ihre Militärausgaben zu erhöhen, damit sie den Krieg in der Ukraine weiter finanzieren können? Und dann, ein paar Wochen oder Monate später, sagte JD Vance, der Vizepräsident der USA, in einem Interview mit den amerikanischen Medien genau dasselbe oder im wesentlichen dasselbe. Er erklärte, wenn die Europäer weiterhin Waffen zur Förderung dieses Krieges kaufen wollen, sei das für uns in Ordnung, wir würden die Waffen

liefern. Dies ist nicht die Haltung von jemandem, der entschlossen ist, den Krieg zu beenden. Und die Menschen, die die Außenpolitik der Trump-Regierung intellektuell wirklich vorantreiben, wenn ich diesen Begriff großzügig verwenden darf, sind zwei Personen, eine namens Colby Elbridge und eine andere namens A. Wess Mitchell – einer von ihnen ist derzeit in der Regierung tätig, der andere - Mitchel - war stellvertretender Außenminister in der ersten Trump-Regierung – sie haben ausführlich darüber geschrieben, was hier wirklich vor sich geht.

Was hier wirklich vor sich geht, ist, wie Hegseth es nannte, eine Arbeitsteilung. Die Amerikaner wollen ihre begrenzten Ressourcen auf Westasien und China konzentrieren, und sie wollen, dass die Europäer ihre begrenzten Ressourcen auf die Ukraine konzentrieren. Es besteht hier kein wirkliches Interesse daran, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Man könnte also fragen, warum Trump immer wieder betont, dass er den Krieg in der Ukraine beenden will. Ganz einfach: Es ist eine altehrwürdige Tradition, seine Basis zu belügen. Das Trump-Team, seine Wahlkampfberater, haben letztes Jahr verstanden, dass er, wenn er seine Chancen auf einen Sieg über Kamala Harris maximieren wollte, die Menschen in der MAGA-Basis ansprechen musste, die ein Ende der ewigen Kriege der USA und einen Rückzug der USA auf innenpolitische Belange wünschten. Und so log er. Während des Wahlkampfs sagte er immer wieder, er werde den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden beenden, was von vornherein eine absurde Behauptung war, und nun, acht Monate später, ist die Eskalation sicherlich noch nicht vorbei. Und damit wollte er sich lediglich einen Wahlvorteil verschaffen.

Weil er bei seinen Anhängern die Erwartung geweckt hat, dass er den Krieg beenden würde, muss er nun vorgeben, dies zu versuchen. Und genau darum ging es meiner Meinung nach in Alaska. Er lädt den russischen Präsidenten auf US-amerikanischen Boden ein, klopft ihm auf die Schulter, schüttelt ihm die Hand, sagt, wir hätten ein großartiges Gespräch geführt, und lädt dann die Europäer ins Weiße Haus ein, obwohl er genau weiß, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs ihrerseits behaupten werden, dass sie Russland keine Zugeständnisse gewähren werden, was jede Möglichkeit eines Friedensabkommens zunichte macht. Und dann kann Trump seine Anhänger ansehen und sagen: Ich habe es versucht. Ich habe mein Bestes gegeben. Ihr könnt mir keine Vorwürfe machen. Darum geht es hier. Die Trump-Regierung – ich denke, das wird jetzt mit den neuen Sanktionen, den Drohungen mit zusätzlichen Sanktionen, der Lieferung von Raketen an die Ukraine, diesen ERAMs und so weiter deutlicher denn je –, die Realität der Außenpolitik der Trump-Regierung ist, dass sie die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine wünscht, aber dass die europäischen Länder die finanzielle Last dafür tragen sollen. So einfach ist das.

**ZR:** Ich möchte eine weitere Darstellung vorbringen, die in der deutschen Politik und den Medien stark verbreitet ist. Sie verweisen auf die jüngste russische Militärübung „Zapad“, was übersetzt „Westen“ bedeutet. Es handelt sich um eine gemeinsame Übung mit Weißrussland, die vom 12. bis 16. September stattfand und an der rund 13.000 Soldaten teilnahmen. Die Übung umfasst Land-, Luft- und Seekomponenten und schloss auch nuklearfähige Systeme ein, was von vielen Medien als Vorbereitung auf einen größeren

Konflikt dargestellt wurde. Eine ähnliche Übung fand 2021 in Weißrussland statt und wird oft als Probe für die russische Invasion der Ukraine ein Jahr später, im Jahr 2022, angeführt. Zu dieser Darstellung kommen noch die russischen Drohnenflüge aus Weißrussland in den polnischen Luftraum hinzu, auf die ich in meiner vorherigen Frage angespielt habe. Als Reaktion auf diesen Vorfall erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz, ich zitiere: „Dieses rücksichtslose Vorgehen der russischen Regierung ist Teil einer Reihe von Provokationen, die wir im Baltikum und an der Ostflanke der NATO beobachten. Dies ist eine sehr ernsthafte Bedrohung für den Frieden in Europa“, Zitat Ende. Sehen Sie diese Beispiele als glaubwürdigen Beweis für eine zunehmende militärische Bedrohung Europas durch Russland und auch als Rechtfertigung dafür, dass Deutschland seine Militärausgaben weiter erhöht, um dieser Bedrohung entgegenzuwirken?

**DL:** Diese Militärübungen in Belarus sind nichts Neues. Wie Sie selbst angemerkt haben, fanden sie bereits vor der Invasion der Ukraine im Februar 2022 statt. Und wenn wir wirklich über provokative Militärübungen sprechen wollen, warum gehen wir dann nicht zurück zur ersten Trump-Regierung und den sehr provokativen Militärübungen, die die NATO mit der Ukraine im Schwarzen Meer und auf ukrainischem Territorium abgehalten hat? Militärübungen in diesen Gebieten sind ein Standardmerkmal der Vorgehensweise dieser Streitkräfte, daran ist nichts besonders Neues. Ich glaube also nicht, dass die NATO-Länder wirklich Recht haben, wenn sie sagen, dass die Zapad-Militärübungen in Weißrussland irgendwie eine neue Provokation darstellen. Letztendlich sollten wir auch bedenken, dass die NATO Truppen an der Grenze oder in der Nähe der Grenze zu Russland stationiert hat, zum Beispiel in den baltischen Staaten. Es gibt eine Reihe von Staaten. Die Russen haben keine Truppen an der Grenze zu den Vereinigten Staaten oder Deutschland. Es gibt dort keine russischen Truppen. Es gibt keine Flotten russischer Kriegsschiffe vor der Küste Deutschlands oder der Vereinigten Staaten. Es gibt die üblichen Patrouillen von Atom-U-Booten und so weiter, weit entfernt von den Küsten gibt es Militärschiffe. Das ist seit Jahrzehnten so. Aber wenn man sich die militärischen Kräfte der NATO und die militärischen Kräfte Russlands ansieht, würde kein rationaler, objektiver Mensch sagen, dass Russland eine bedrohlichere Haltung gegenüber der NATO eingenommen hat als die NATO gegenüber Russland.

Russland ist im Grunde genommen, ebenso wie China übrigens, von den USA und ihren verbündeten Streitkräften umgeben. Die USA verfügen über mehr als 800 Militärstützpunkte weltweit. Russland hat nur einen winzigen Bruchteil davon. China hat einen Stützpunkt in Dschibuti. Und sie beschweren sich ständig über die sogenannte Aggression Russlands und Chinas. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es sehr wichtig ist, sich daran zu erinnern, dass die Militärausgaben der Vereinigten Staaten allein, die derzeit über 1 Billion Dollar betragen, mehr als doppelt so hoch sind wie die Militärausgaben der Russischen Föderation und Chinas zusammen. Vijay Prashad hat zusammen mit einem Kollegen eine Studie durchgeführt, die ergab, dass die tatsächlichen Militärausgaben der USA 1,6 Billionen Dollar betragen. Das war vor der jüngsten Erhöhung der US-Militärausgaben. Das ist etwa vier Mal so hoch wie die Militärausgaben der Russischen Föderation und Chinas zusammen. Wenn man dann noch alle anderen NATO-Länder hinzurechnet, kommen wir auf mehr als 2

Billionen Dollar. Und jetzt wird darüber diskutiert, sie auf 5 % des BIP anzuheben, was ihre gesamten Militärausgaben, wenn sie dieses Ziel erreichen, wahrscheinlich auf über 4 Billionen Dollar steigen lassen würde, was das Zehnfache, ich wiederhole, das Zehnfache der aktuellen Militärausgaben Russlands und Chinas zusammen wäre. Man muss also auf dem Mars leben, wenn man sich die Fakten ansieht, um zu glauben, dass die Russen und Chinesen gegenüber der NATO eine aggressivere Haltung einnehmen als die NATO ihnen gegenüber.

**ZR:** Bietet dieses Argument nicht auch eine Rechtfertigung dafür, dass Deutschland seine Militärausgaben weiter erhöht? Sie haben beispielsweise gesagt, dass der Kriegsschauplatz Ukraine Europa überlassen wird und sich die USA langsam zurückziehen und sich auf Westasien konzentrieren. Bedeutet das, dass Deutschland die USA ersetzen und allein gegen die russische Bedrohung vorgehen muss?

**DL:** Nur wenn man glaubt, dass Russland die Absicht hat, Deutschland anzugreifen, was völliger Unsinn ist. Die russische Regierung hat wiederholt erklärt, dass sie nicht die Absicht hat, ein NATO-Land anzugreifen. Obwohl in den letzten zweieinhalb Jahren des Krieges in der Ukraine Waffen aus NATO-Ländern ins Land geströmt sind, hat Russland kein NATO-Land angegriffen. Es gab keinerlei Versuche dazu. Diese Drohnen, und es ist umstritten, ob sie tatsächlich aus Russland eingetroffen sind – manche behaupten, es handele sich um eine Operation unter falscher Flagge –, aber meines Wissens sind sich alle einig, dass sie nicht mit Waffen bestückt waren. Sie waren also nicht in der Lage, nennenswerten Schaden anzurichten, und haben auch keinen nennenswerten Schaden angerichtet. Es würde mich daher überraschen, wenn die Russen beabsichtigen würden, ein NATO-Land anzugreifen, denn in diesem Falle, warum hätten sie es dann nicht schon längst getan? Zur Verteidigung ihrer – wie sie es sehen – eigenen Interessen in der Ukraine haben sie davon Abstand genommen. Und ich habe übrigens noch gar nicht die Möglichkeit eines Atomkrieges erwähnt.

Sollte Russland ein NATO-Land angreifen, würde dies ein enormes Risiko eines Atomkonflikts mit sich bringen. Und ich glaube nicht, dass die Russen selbstmörderisch sind, und nichts, was sie gesagt haben, deutet darauf hin. Meiner Meinung nach besteht der richtige Ansatz der deutschen Regierung also nicht darin, ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen, während ihre Wirtschaft eine erhebliche Deindustrialisierung und einen Niedergang erlebt und die Lebensqualität der Deutschen in den kommenden Jahren offenbar erheblich sinken wird, sondern vielmehr darin, ein Friedensabkommen zu schließen, um zu deeskalieren und dem zunehmenden Wettrüsten, dem sich verschärfenden Wettrüsten, ein Ende zu setzen. Das würde jedoch die Bereitschaft erfordern, zumindest einige Zugeständnisse zu machen, und die europäischen Regierungen sowie Selenskyj haben eine maximalistische Position eingenommen. Sie weigern sich, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie haben dies sehr deutlich gemacht: Wir werden keinen Zentimeter Territorium abtreten. Die Ukraine hat das Recht, der NATO beizutreten, obwohl die US-amerikanischen und europäischen Regierungen der Sowjetunion versprochen haben, die NATO nicht zu expandieren. Es gibt keine Rücksichtnahme auf die Rechte der in der Ukraine lebenden russischsprachigen Bevölkerung. Es gibt keine Rücksichtnahme auf die Tatsache, dass es in der Ukraine

rechtsextreme, schwer bewaffnete Gruppen gibt, die eine ausgeprägte Russophobie an den Tag legen. Sie sind zu keinerlei Zugeständnissen bereit, zu gar keinen.

Und unter diesen Umständen liegt die Schuld meiner Meinung nach eindeutig bei den europäischen Staats- und Regierungschefs. Das Letzte, was ich dazu sagen möchte, Zain, ist, dass all dies nur die Tatsache unterstreicht, und ich sage dies als Bürger der EU, und es schmerzt mich, dies zu sagen, dass die Staats- und Regierungschefs unserer Länder, darunter hier in Griechenland und in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und so weiter, ihre Außenpolitik im Grunde genommen vollständig den Diktaten Washingtons unterworfen haben. Das ist die traurige Realität. Was wir hier in Europa tun müssen, ist, unsere Souveränität wiederherzustellen und zu bestimmen, was im nationalen Interesse unserer eigenen Länder und unserer eigenen Völker liegt. Und wenn das bedeutet, dass wir ein Friedensabkommen mit Russland schließen müssen, dann sollten wir das tun. Wenn das voraussetzt, dass wir weiterhin Zugang zu russischen Bodenschätzen haben, anstatt uns beispielsweise in weitaus größerem Umfang auf Flüssigerdgas aus den Vereinigten Staaten zu verlassen, das viel teurer und umweltschädlicher ist, dann sollten wir das tun. Aber leider werden wir von Menschen regiert, die praktisch Vasallen Washingtons sind.

**ZR:** Belassen wir es dabei. Dimitri Lascaris, Journalist und Anwalt für internationales Recht und Menschenrechte sowie Gründer des Kanals Reason2Resist, vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Einblicke.

**DL:** Es war wie immer eine Freude, Zain, danke.

**ZR:** Vielen Dank für Ihr Interesse an diesem Interview. Wenn Ihnen die journalistische Arbeit in diesem Interview gefallen hat, abonnieren Sie unseren Kanal, indem Sie unten auf den Abonnement-Button klicken. Und wenn Sie möchten, dass wir unsere Arbeit fortsetzen, unterstützen Sie uns bitte mit einer Spende. Hinter den Kulissen arbeitet ein ganzes Team an der Bereitstellung dieser Informationen für Sie, von Kamera, Licht, Ton, Transkription, Übersetzung bis hin zur Vertonung, mit dem Ziel, Ihnen diese Informationen auf Englisch und Deutsch zur Verfügung zu stellen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und für Ihr Interesse. Ich bin Ihr Moderator, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

**ENDE**

---

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

**BANKKONTO:**

Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**

E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)  
g

**PATREON:**

<https://www.patreon.com/acTVis>

m

**BETTERPLACE:**

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)